

LAG

2/91

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALE BRENNPUNKTE HESSEN

VORHER



SCHWERPUNKT: SANIERUNG



NACHHER

INHALT

Liebe Leserinnen und Leser,

(fast) pünktlich zum Ferienbeginn erscheint die Ausgabe 2/91 der LAG-Zeitung. Schwerpunktthema dieses Heftes ist Sanierung. Neben einem kurzen Überblick über die landesweit in der Vergangenheit bereits in Angriff genommenen Maßnahmen, versuchen wir anhand von drei Beispielen - dem Diebach in Eschwege, der Henry-Dunant-Straße in Egelsbach sowie dem Weißen Stein in Idstein - einen kleinen Einblick in die Vielfältigkeit dieses Themas zu geben. Gleichzeitig sind die drei Projekte auch Beispiel dafür, daß die Sanierung von Obdachlosensiedlungen nicht nur in den großen Städten wie Marburg, Gießen oder Wiesbaden stattfindet, sondern durchaus auch im ländlichen Raum umsetzbar ist - sofern nur der politische Wille dafür vorhanden ist. Angesichts der Eindeutigkeit der Koalitionsaussage von SPD und GRÜNEN in diesem Punkt dürfte die (Teil-)Finanzierung derartiger Maßnahmen mit Landesmitteln auch kein großes Problem darstellen. Die Kommunalpolitiker vor Ort, insbesondere in den eher ländlichen Regionen, sind also gefordert. Notfalls müssen wir ihnen halt "auf die Sprünge helfen".

In anderen Bereichen unserer Arbeit ist es um die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung von SPD und GRÜNEN, vor allem dort, wo dies Geld kostet (und wo tut es das nicht?), nicht so gut bestellt. Hier müssen wir, auch nach Aussage von Frau Staatsministerin Heide Pfarr auf der LAG-Mitgliederversammlung unbedingt "am Ball bleiben", wenn für 1992 mehr Landesmittel für die Arbeit in Sozialen Brennpunkten zur Verfügung gestellt werden sollen. Dies wird wohl auch ein Schwerpunkt unserer Aktivitäten im Herbst 1991 sein.

Jetzt aber ist erst einmal Sommer - zumindest laut Kalender. Allen FreizeitlerInnen, UrlauberInnen und erst recht den Daheimgebliebenen wünschen wir daher viele schöne Sommertage.

Tina und Lothar

INHALT

LAG-Mitgliederversammlung.....	S. 3
Manfred Schaub verläßt die LAG.....	S. 4
Im Wortlaut: Frau Prof. Dr. Heide Pfarr.....	S. 5
Gespräch der LAG-Frauen im Hessischen Landtag.....	S. 7
Sommerfest International in der Michaelisstraße.....	S. 8
Schwerpunkt: Brennpunktsanierung hat Perspektive!.....	S. 10
Der Diebach: Ein Stadtteil erblüht!.....	S. 12
BewohnerInnen nehmen ihre Interessen selbst in die Hand.....	S. 14
Modellprojekt Idstein.....	S. 15
Grundsätze der Bewohnerbeteiligung.....	S. 17
BewohnerInnentagung 1991.....	S. 18
Alltag in einem fremden Land.....	S. 20
Rollende Tagung III.....	S. 21
Recht.....	S. 23
Spiel- und Lernstuben.....	S. 24
Jugend.....	S. 24
Sozialhilfe.....	S. 25
Dies und Das.....	S. 26
Termine.....	S. 28

Herausgeber: Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V.,
Moselstraße 25, 6000 Frankfurt/Main, Tel. 069/250038

Redaktion: Christina Hey, Lothar Stock
Mitarbeit: Monika Lorenz

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber wieder.

HESSISCHE FRAUEN-, ARBEITS- UND SOZIALMINISTERIN HEIDE PFARR ZU GAST AUF DER LAG-MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Mit mehr als 100 TeilnehmerInnen aus 18 Mitgliedsprojekten war die Mitgliederversammlung der LAG am Samstag, den 11. Mai 1991 in der Bildungs- und Familienferienstätte Oberreifenberg im Taunus wiederum sehr gut besucht. Die meisten der Anwesenden hatten auch schon an der vorausgegangenen BewohnerInnentagung am Donnerstag und Freitag teilgenommen. Unter fachkundiger Anleitung hausinterner Experten, dem Planungsbüro Glücklich, wurden dort in vier Arbeitsgruppen Siedlungshäuser vollständig saniert, ein Dorfplatz völlig neu gestaltet sowie ein Planungskonzept für ein Gemeinschaftszentrum erarbeitet. Höhepunkt der Mitgliederversammlung war mit Sicherheit die Diskussion mit der Hessischen Ministerin für Frauen, Arbeit und Sozialordnung, Frau Prof. Dr. Heide Pfarr, am Nachmittag (siehe auch "Im Wortlaut", S. 5).

Wie zu Beginn jeder Mitgliederversammlung mußten eingangs einige Regularien abgehandelt werden. So wurde festgestellt, daß mit der Auflösung des Sozialhilfevereins Raunheim dessen Mitgliedschaft in der LAG automatisch erloschen ist. Bernhard Horch, der langjährige Vorsitzende des Sozialhilfevereins, hatte einen Antrag auf Einzelmitgliedschaft in der LAG gestellt. Diesem wurde einstimmig entsprochen. Ebenso dem Aufnahmeantrag von Katharina Löffke, einer weiteren aktiven Mitstreiterin aus dem Sozialhilfebereich.

Die LAG ist zwar in ihrer wesentlichen Zielsetzung ein landesweiter Zusammenschluß von Projektgruppen in Sozialen Brennpunkten sowie von Selbsthilfeinitiativen aus dem Sozialhilfebereich, Einzelmitgliedschaften sind satzungsgemäß aber ebenfalls möglich. Allerdings können Einzelpersonen - genau wie Projektgruppen, die nicht einem Sozialen Brennpunkt zugeordnet werden können - lediglich den Status eines "passiven Mitgliedes" erhalten, das heißt, auf der Mitgliederversammlung haben sie kein Stimmrecht. Die Diskussion darüber, inwieweit diese doch recht eng gefaßten Kriterien für eine aktive Mitgliedschaft in der LAG - wie steht es z.B. um Arbeitsprojekte, die aus der Brennpunktarbeit heraus entstanden,

mittlerweile aber stadtübergreifend ausgerichtet sind oder aber um die Frauengruppen in den Brennpunkten? - noch zeitgemäß sind, soll auf der nächsten Mitgliederversammlung am 2. November 1991 in Marburg bei der Bürgerinitiative für Soziale Fragen (BSF) intensiv geführt werden. Darüberhinaus stehen auf dieser Mitgliederversammlung dann auch Vorstandswahlen an.

Einen weiteren Antrag auf Mitgliedschaft in der LAG gab es vom Wohnerrat der Henry-Dunant-Straße 9 in Egelsbach, einer Gemeinde zwischen Offenbach und Darmstadt. Auch hier wurde zunächst die passive Mitgliedschaft einstimmig beschlossen. Herzlichen Glückwunsch noch einmal an dieser Stelle! (Mehr über die Henry-Dunant-Straße 9 in Egelsbach ist auf Seite 14 zu erfahren.)

Hartmut Fritz informierte die Anwesenden noch über die bundesweite Zusammenarbeit der LAG's: Vom 18.-20. Oktober 1991 findet in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Arnoldshain die Fachtagung "Armut und Unterversorgung in Deutschland" statt (siehe S. 22). An eine förmliche Vereinsgründung der Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte ist - trotz der in der letzten Zeit verstärkten Zusammenarbeit auf Bundesebene - derzeit nicht gedacht, denn hier-

MITGLIEDERVERSAMMLUNG

für stehen aktuell keinerlei öffentliche Zuschüsse in Aussicht.

Der Rest der Zeit blieb der Vorbereitung der Diskussion mit der Hessischen Ministerin für Frauen, Arbeit und Sozialordnung, Heide Pfarr, vorbehalten. Hierbei ging es im wesentlichen noch einmal darum nachzuvollziehen, inwieweit die LAG-Positionen zur Wohnungs- und Sozialpolitik in Hessen Eingang gefunden haben in die Koalitionsvereinbarungen von SPD und GRÜNEN und an welchen Stellen noch Nachbesserungsbedarf besteht.

In der Diskussion mit Heide Pfarr wurde dann vor allem deutlich, daß

die finanziellen Schwerpunktsetzungen auch der neuen Landesregierung nicht unbedingt im allgemeinen Sozialbereich zu finden sind, sondern vielmehr gezielt im Wohnungsbau und bei der Schaffung von Kinderbetreuungsangeboten. Jedoch diktiert auch hier letztendlich die Finanzlage den Handlungsspielraum der Regierung. Die anwesenden ProjektvertreterInnen mahnten die Hessische Ministerin für Frauen, Arbeit und Sozialordnung dennoch nochmals eindringlich an die Umsetzung der in der Koalitionsvereinbarung festgeschriebenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut in Hessen.

Lothar Stock

MANFRED SCHAUB VERLÄßt DIE LAG

Lieber Manfred,

nach mehr als 10 Jahren gemeinsamer LAG-Arbeit verläßt Du uns Ende Juli, um jenseits des Mains beim Bildungswerk des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zukünftig Deine "Brötchen zu verdienen". Während Deiner Zeit als Geschäftsführer wuchs die LAG vom 1 1/2-Mann-Betrieb zur "Institution" mit über 20 MitarbeiterInnen und (Rockmobil-)Außenstellen in Gießen und Kassel.

Manfred, wir wissen es ganz genau: Geschäftsführer bei uns, einem "Haufen" von IndividualistInnen, ist sicherlich oftmals viel, viel schwieriger gewesen, als den bekannten "Sack Flöhe zu hüten". Aber dennoch, zusammengerauft haben wir uns doch immer wieder - wenn auch manchmal weniger "zusammen", dafür aber umso mehr "gerauft".

Wie stellst Du es Dir eigentlich vor, so ganz ohne die LAG auszukommen? Immerhin bist du ja seit Anfang an dabei und auch einige Jahre lang 1.Vorsitzender gewesen. Naja, ganz aus der Welt bist du ja nicht und über den Main gibt es ja, Gott sei Dank, auch Brücken.

Für Deine neue Stelle am anderen Ufer wünschen wir Dir alles Gute und viel Erfolg!

Deine KollegInnen

Die offizielle Abschiedsfeier für Manfred Schaub im Mühltal in Wiesbaden lag leider nach Redaktionsschluß der LAG-Zeitung. Ausführlich werden wir hierüber in der nächsten Ausgabe berichten.

IM WORTLAUT: REDE DER HESSISCHEN MINISTERIN FÜR FRAUEN, ARBEIT UND SOZIALORDNUNG, HEIDE PFARR, AUF DER MITGLIEDERVERSAMMLUNG DER LAG

Sehr geehrte Engagierte,

es kann sein, daß ich die erste Ministerin bin, die zu einer Mitgliederversammlung der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. kommt.

Vielleicht macht das deutlich, daß ich in der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Frauenpolitik in Hessen etwas bewegen will. Vielleicht macht das deutlich, daß ich insbesondere für die Benachteiligten und Ausgrenzten, die so oft vergessen werden, ein Signal setzen will. Vielleicht macht das deutlich, daß ich etwas bewegen will für den Teil unserer Gesellschaft, der gerne als unpopulär angesehen wird, mit dem, nach landläufiger Meinung salopp ausgedrückt, "kein Blumentopf zu gewinnen sein wird".

Stimmt! Ein Blumentopf wäre mir zu wenig. Ich will mehr! Das wird schwierig angesichts der Finanzlage, die von der früheren CDU/FDP-geführten Landesregierung hinterlassen und in ihrer Entwicklung falsch eingeschätzt wurde; wesentlich schwieriger noch, als wir zu Beginn dieses Jahres zu hoffen wagten. Trotzdem gebe ich mein Ziel nicht auf, der Politik für benachteiligte Menschen zu einem größeren Stellenwert zu verhelfen.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte knüpft sehr große Hoffnungen an diese neue Landesregierung - das ist mir bewußt. Sie haben im Vorfeld dieser für Hessen so wichtigen Landtagswahl und der Regierungsbildung eindrucksvoll darauf hingewiesen, wo hier bei uns - mit den unterschiedlichen Formen, die Armut hat - Menschen ausgegrenzt werden von der Teilhabe an einem menschenwürdigen Leben.

Gegen diese Ausgrenzung zu arbeiten, Hilfe zur Selbsthilfe zu geben, das ist, so denke ich, unser gemeinsames Ziel. Dieses Ziel vor Augen, Sie für die Betroffenen, ich für die politisch Verantwortlichen, können wir es nur gemeinsam erreichen. Ich biete Ihnen hierzu eine faire Partnerschaft an, die von Vertrauen und tiefem Verständnis für die Sorgen und Nöte dieser Menschen geprägt ist.

So werde ich demnächst in den Landesbeirat für Sozialhilfe bei meinem Ministerium einen Vertreter - lieber noch eine Vertreterin - der hessischen Sozialhilfeinitiativen berufen.

Ich weiß, daß die Brennpunktprojekte, die Sozialhilfeinitiativen und die LAG dringend eine bessere finanzielle Ausstattung für ihre wichtige Arbeit brauchen. Ich weiß, daß die von Armut und Ausgrenzung Betroffenen dieses Geld nicht haben. Ich weiß auch, und das erfüllt mich mit Sorge, daß die Kommunen nur sehr eingeschränkt zu einer Mitfinanzierung bereit sind, bereit sein können. Wir sind deshalb als Land in einer Verpflichtung.

Viele Ihrer Mitarbeiterinnen, Ihrer Mitarbeiter, mußten sich mit zu niedrigen Eingruppierungen einverstanden erklären. In den letzten Jahren, in denen Landesmittel für Ihre Arbeit eingefroren waren, mußten Sie die Tariferhöhungen durch Kürzungen bei den Sachmitteln ausgleichen. Das macht Ihre Arbeit, die so dringend notwendig ist, immer schwieriger.

Es schmerzt mich, erfahren zu müssen, daß die LAG in diesem Jahr zum Beispiel den geplanten Bildungsurlaub für Frauen streichen

mußte, weil die Mittelkürzung durch die Hessische Landeszentrale für Politische Bildung nicht mehr aufgefangen werden konnte.

Obwohl mir das alles bekannt ist, muß ich Ihnen leider sagen, daß in diesem Jahr nur in wenigen Einzelfällen minimale Verbesserungen un-

serer Zuschüsse möglich sein werden. Mehr läßt die äußerst angespannte finanzielle Lage des Landes nicht zu, so sehr ich das bedauere. Ich werde all' meine Kraft einsetzen und versuchen, für den Haushalt 1992 Verbesserungen zu erreichen. Wenn Sie mich hierbei inhaltlich begleiten, mich unterstützen, so fällt vielleicht der Verteilungskampf etwas leichter.

Wir müssen erreichen, daß die Mädchenbildungsarbeit, in die Sie nur mit einer AB-Maßnahme einsteigen konnten, baldmöglichst regulär finanziert wird. Die landesweite Beratung für Ausbildungs- und Beschäftigungsträger muß in ihrer Kapazität dringend erweitert werden. Ohne eine qualifizierte Beratung und Fortbildung werden wir unser Ziel nicht erreichen können, künftig in allen Teilen unseres Landes für arbeitslose Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger, für besonders schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose und benachteiligte jugendliche Arbeitslose angemessene Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebote zu machen. Hilfreich hierzu ist das in der Koalitionsvereinbarung vorgesehene Landesprogramm "Arbeit statt Sozialhilfe".

Den Sozialhilfeinitiativen wollen wir ermöglichen, über eine Regelfinanzierung eine solide und kalkulierbare Basis zu schaffen, um kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einstellen zu können. Die Koalitionspartner haben auch vereinbart, daß die in den Sozialen Brennpunkten angebotene gemeinwesenorientierte Bildungs- und Beratungsarbeit mit Unterstützung des Landes ausgebaut werden soll.

Sie wissen, daß die Koalitionsvereinbarung für die Dauer der Legislaturperiode abgeschlossen worden ist. Nicht alle Vorhaben, seien sie auch noch so wünschenswert, können also bereits in den ersten beiden Jahren verwirklicht werden. Prioritäten müssen gesetzt werden. Sie können mir dabei helfen diese Rangfolgen zu bilden.

- Machen Sie weiterhin in aller Deutlichkeit darauf aufmerksam, welche Probleme es in Hessen gibt und was dagegen getan werden müßte!
- Meldem Sie, ohne falsche Bescheidenheit - warum auch? - ihren realen Mittelbedarf für 1992 an.
- Trauen Sie sich ruhig, Erweiterungen und auch neue Projekte anzumelden, die Sie für notwendig halten, aber bisher nicht verwirklichen konnten.

Ich bin heute zu Ihnen gekommen, um zuzuhören, um zu lernen, um Ihre Probleme zu erfahren und auch um Sie kennenzulernen. Ich bin nicht gekommen, um nur zu reden, um Versprechungen zu machen, die ich allein nicht einlösen kann, um Ihnen irgendwelche Grüße zu überbringen, von denen sich kein "Blumentopf" kaufen läßt, von denen sich Sorgen und Nöte nicht beseitigen lassen.

Je besser ich künftig die Notwendigkeit Ihrer Arbeit darstellen und begründen kann, desto größer sind unsere Erfolgsaussichten.



(Foto: Jürgen Maier)

GESPRÄCH DER LAG-FRAUEN IM HESSISCHEN LANDTAG

Mit dem Landtagsgespräch, das die LAG-Frauen im Juni mit Abgeordneten im Hessischen Landtag führten, lebte die Tradition wieder auf, PolitikerInnen aus erster Hand über die Lebenslage von Frauen aus Sozialen Brennpunkten zu informieren, Probleme zu benennen, aber auch Erfolge in der Verbesserung der Lebenssituation zu beschreiben. Eingeladen waren VertreterInnen aller Fraktionen. CDU und FDP konnten wegen terminlicher Schwierigkeiten nicht teilnehmen, sodaß es im Gespräch mit Mitgliedern der SPD- und Grünen-Fraktion auch immer wieder um Fragen der künftigen Regierungspolitik in Hessen ging.

Etwa Elfriede aus Wiesbaden, die die Anrechnung des Kindererziehungsgelds auf ihre Sozialhilfe beklagte. Oder Heidi aus der Gemoll in Marburg, die ihre Schwierigkeiten bei der Suche nach einem Krippenplatz erzählte. Marga vom Richtsberg berichtete von der Arbeit in ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen bei den Putzfirmen. Gudrun von der Frauengruppe des AKSB schilderte Wohnverhältnisse, die den Bedürfnissen von Frauen nicht Rechnung tragen. Aber es gab auch Positives zu berichten: Inge aus Gießen machte an ihrem Beispiel deutlich, welche Chancen sich durch Frauenbeschäftigungsprojekte



(Foto:
Veronika
Steiner)

Einig waren sich die PolitikerInnen mit den LAG-Frauen, daß zur Verbesserung der Lebenssituation der Frauen verstärkte Anstrengungen nötig sind. "Wir wissen um die Situation und arbeiten an Perspektiven", machte Erika Wagner von der SPD deutlich. Evi Schönhutkeil von den Grünen nannte es zynisch, die Probleme allein unter dem Finanzierungsgesichtspunkt zu sehen. Die PolitikerInnen wiesen aber auch auf die begrenzten Handlungsspielräume des Landes hin. Wenig Glauben mochten die Frauen diesem Argument schenken, denn "das haben wir auch in der Vergangenheit immer wieder gehört." Sehr überzeugend trugen denn auch die Frauen ihre Anliegen vor.

eröffnen lassen. Und die Frauen aus der Frauengruppe unterstrichen die Erfolge der Sanierung durch mitgebrachte Fotos. Einen gelungenen Abschluß setzte Ilona, die auch das "Einzugslied" gedichtet hatte, mit ihrer Rede von den Erfolgen der Bildungsarbeit mit Frauen. Leider konnte die Frauengruppe aus Langen, die sich besonders intensiv mit dem Thema "Gewalt" beschäftigt hatte, nicht mehr zum Zuge kommen, da die PolitikerInnen immer wieder sehr engagiert zu den Themen Stellung bezogen. Ein wichtiges Gespräch, so lautete am Ende denn auch die Einschätzung von beiden Seiten.

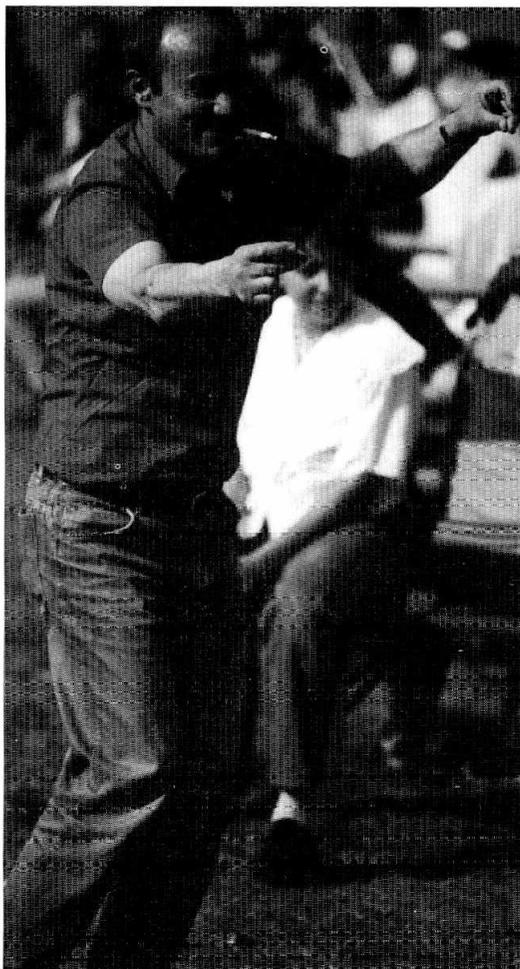
Christina Hey

**SOMMERFEST INTERNATIONAL
IN DER MICHAELISSTRASSE IN DARMSTADT**

INTERNATIONAL war alles: Das Essen, die BesucherInnen und VeranstalterInnen - und SOMMER war auch: Wir hatten Glück auf der ganzen Linie. Bei sensationellen Temperaturen konnte am Samstag, dem 1. Juni 1991, in der Michaelisstrasse das 9. Internationale Sommerfest des Wohngebietes stattfinden. Nachdem der Bühnenaufbau und die Vorbereitung der Essens- und Getränkestände buchstäblich in letzter Sekunde mit vereinten Kräften von BewohnerInnen und MitarbeiterInnen der Spielstube bewerkstelligt waren, begann um 15.00 Uhr das FEST.

Die Honoratioren der Darmstädter Politik- und Kulturszene kamen zwar spärlich (vielleicht lockten zu viele andere Angebote?), aber immerhin konnten wir doch einigen "wichtigen" Leuten die Hand schütteln, u.a. Lothar Stock von der LAG. Die BewohnerInnen, vor allem die Mitglieder des im Herbst letzten Jahres gewählten Bewohnerrates, faßten die Gelegenheit beim Schopf, die anwesende Öffentlichkeit und Lokalpresse über die aktuelle Situation im Wohngebiet zu informieren (und dies in vier Sprachen!):

- Die Bundesbahn verkauft nun tatsächlich die Hälfte des Geländes und der Häuser (und der Mieter?) gegen Höchstgebot (geschätzter Wert: 7,1 Mio. DM).



(Fotos: Martin Beeh)



(Foto: Martin Beeh)

- Bewohnerrat und SpielstubenmitarbeiterInnen favorisieren die Stadt Darmstadt (oder den stadt eigenen Bauverein) als potentiellen Neubesitzer in der Hoffnung, daß damit die bestehende Struktur im Quartier gewahrt bzw. neuen Perspektiven der Weg geebnet wird: Komfortablere Wohnungen wären ja schon schön, eine Öffnung auch für andere Bevölkerungsgruppen durchaus spannend ...
- Da die Stadt ihre generelle Bereitschaft, in die Auktion einzusteigen, bekundete und ernsthaftes Interesse hieran versichert hat, beschlossen die BewohnerInnen spontan, diesem Entscheidungsprozeß etwas auf die Sprünge zu helfen, indem sie für Samstag, den 15. Juni, einen Demonstrationszug zum Luisenplatz mit anschließender Kundgebung und Unterschriftenaktion ankündigten.

Das FEST wurde trotz dieser bedrohlichen Gesamtsituation für das Wohngebiet bund und quirlig: Jongleure, Luftkissen, Verkleidungstisch mit Fotograf und andere Mitmach-Aktionen verlockten Kinder und Erwachsene zum Zuschauen und Aktiv-Werden. Selbst das Nagelbrett des Profi-Fakirs konnte niemanden vom Ausprobieren fernhalten. Türkische (Live-) sowie spanische und marokkanische ("Konserven"-) Musik war schließlich doch unwiderstehlich und lockte viele auf die endlich dämmrige Tanzfläche.

Am Ende waren wir ausgelaugt, aber auch zufrieden. Wir mußten zwar noch viel räumen, aber das sind wir ja gewohnt. Wir waren uns auch gleich einig, daß solch ein SOMMERFEST INTERNATIONAL unbedingt beibehalten werden muß. Komme, was da wolle!

Helma Hirt-Jung

Letzte Meldung: Kurz vor Redaktionsschluß erhielten wir noch die Nachricht, daß die Stadt Darmstadt das Gelände und die Häuser in der Michaelisstraße gekauft hat. Das läßt ja doch einiges für die Zukunft hoffen.

BRENNPUNKTSANIERUNG HAT PERSPEKTIVE!

"Das Programm zur modellhaften Sanierung von Obdachlosenunterkünften und Schlichtwohnungen in Sozialen Brennpunkten wird aufgestockt und in Zusammenarbeit mit der LAG Soziale Brennpunkte intensiviert. Dazu wird eine interministerielle Arbeitsgruppe zwischen Sozial- und Wohnungsbauministerium eingerichtet" - so die Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und GRÜNEN für die nächsten vier Jahre im Hessischen Landtag.

Es gibt die berechtigte Hoffnung, daß der Sanierungstopf für die Sozialen Brennpunkte beim Land von derzeit 3 Mio. DM zumindest verdoppelt - wenn nicht sogar verdreifacht - wird. Damit wäre der Durchbruch zu einer stabilen Landesfinanzierung geschafft, die bislang mit den Stichworten "Anreizfinanzierung" und "Modellprojektförderung" keine ausreichende Planungssicherheit für die Projektarbeit darstellt.

Trotzdem hat die seit 1983 laufende Sanierungsfinanzierung mit Landesmitteln erstaunlich viel für die Siedlungsentwicklung in den Kommunen gebracht. Es sind einige konkrete Baumaßnahmen abgeschlossen, in Angriff genommen oder auf die politische Tagesordnung gesetzt worden.

Wiesbaden: Alle Brennpunkte werden saniert

Nach der Beendigung der Sanierung des Mühltales - hier wirkte die Landesfinanzierung - sind auch die Baumaßnahmen in der Frauensteiner Straße abgeschlossen. Im Wachsacker und in der Gernotstraße wird gearbeitet und auch im Petersweg wurde umfassend saniert. Die Stadt Wiesbaden hat in den politischen Gremien beschlossen, daß bis Ende 1994 alle Brennpunkte saniert sein sollen und ca. 30 Mio. DM hierfür aufzuwenden sind.

Limburg: 2. Sanierungsabschnitt läuft an

In Limburg ist so gut wie sicher, daß im laufenden Jahr der restliche Wohnungsbestand im "Finken-/Amselweg" saniert wird. Schon 1983 wurden hier erste Mittel vom Land eingesetzt. Mit der erneuten Landesförderung wird die Sanierung zu Ende geführt.

Gießen: In der Gummiinsel geht es voran

In allen drei Gießener Siedlungen (Eulenkopf, Margaretenhütte und Gummiinsel) ist der 1. Sanierungsabschnitt mit Landesunterstützung längst abgeschlossen. Weitere Fortschritte sind vor allem in der Gummiinsel zu verzeichnen: Hier entstand ein Sozialzentrum sowie weiterer Ersatzwohnungsbau und Zug um Zug wurde ein Haus nach dem anderen saniert. Mit dem Abschluß aller Baumaßnahmen ist in vier bis sechs Jahren zu rechnen. In der Margaretenhütte mehren sich die Anzeichen dafür, daß der 2. Bauabschnitt in absehbarer Zeit realisiert werden kann. Im Dachausbau des komplett sanierten Hauses werden dann sieben neue Wohnungen entstehen. Darüberhinaus werden die "Schrottlern" einen Recycleplatz erhalten. Im Eulenkopf ist dagegen etwas Stillstand eingetreten. Hier ist nämlich nach wie vor die Frage der "Altlast"-Deponie am Rande der Siedlung ungeklärt und außerdem fehlt es insgesamt am Geld. Aber auch hier ist ein Haus fertig und der "Dorfplatz" neu gestaltet.

Marburg: Im Waldtal geht's in die letzte Etappe

Die umfassenden Sanierungsmaßnahmen im Waldtal - das Land hat hier zum wiederholten Mal gefördert - stehen kurz vor dem Abschluß: Alle städtischen Häuser und auch die der Wohnungsbaugesellschaft sind fast vollständig saniert; die Freiflächen werden durch ein Beschäftigungsprojekt hergerichtet. Ein sehr langfristiger Sanierungsvorgang findet so sein Ende. Die in Marburg reichlich gesammelten "Pilot"-Erfahrungen waren für die Entwicklung auf Landesebene sehr wichtig.

Eschwege: Der Diebach ist (fast) fertig

Die Häuser und Freiflächen in der Eschweger Siedlung "Am Diebach" sind ebenfalls umfassend saniert worden. Ein Beschäftigungsprojekt unter Beteiligung der Bewohner hat hier hervorragend gearbeitet (siehe hierzu den ausführlichen Bericht auf Seite).

Idstein: Nach der Sanierung nun das neue Gemeinschaftshaus

Die Sanierung der Häuser "Am weißen Stein" in Idstein ist noch nicht ganz abgeschlossen, da zeichnet sich bereits ab, daß mit dem Bau der neuen "Stube" als Gemeinschaftshaus gleich weitergemacht werden kann (siehe hierzu den ausführlichen Bericht auf Seite).

Darmstadt: Jetzt geht's um das Gesamtkonzept

In Darmstadt warten (fast) alle auf den Startschuß für die Umsetzung eines Gesamtkonzeptes zur Sanierung, auch für die Rodgau-/Messeler Straße in Arheilgen und den Akazienweg. Hoffnung hierfür gibt es: Eine gesamtstädtische Sanierungskommission unter Beteiligung der BewohnerInnen und der vor Ort tätigen SozialarbeiterInnen wurde vom Magistrat dieser Tage eingesetzt.

Wo könnte es sonst noch weitergehen?!

In Offenbach ist etwas auf dem Weg (Eschig/Lohwald?) - in Maintal wird geplant - in Raunheim wird nachgedacht - in Egelsbach wird gekämpft - in Bad Vilbel wird man aktiv (zunächst leider nur die BewohnerInnen und der Kinderschutzbund) - in Hanau will die LAG verhandeln - in Friedberg, in Ober-Mörlen ...???

Es müssen noch mehr Siedlungen und Projekte aktiv werden. Aber ohne die Beteiligung der Kommunen geht es nicht, trotz einer nicht zu unterschätzenden Förderung durch das Land. Wir haben eine Chance! Helfen wir - BewohnerInnen und SozialarbeiterInnen - den Politikern "vor Ort" auf die Sprünge!!!

Unterstützt und beraten werden von der LAG alle, die was tun wollen. Mann/Frau muß nur anrufen.

Reinhard Thies

DER DIEBACH: EIN STADTTEIL ERBLÜHT!

SANIERUNG SCHAFFT BESCHÄFTIGUNGSMÖGLICHKEITEN FÜR BEWOHNER

Jahrzehntelang hatte der Diebach in Eschwege kein gutes Ansehen in der Öffentlichkeit: Hier wohnten die Obdachlosen. Mit denen wollte in Eschwege niemand etwas zu tun haben. Die Siedlung machte in ihren äußeren Anlagen und auch im Inneren der Häuser einen ziemlich vernachlässigten und heruntergekommenen Eindruck. Es sah oft schlimmer aus als bei "Hempels unterm Sofa".

Ursprünglich lebten in diesem Stadtteil einmal 236 Personen, alle ohne festen Mietvertrag. Wer woanders keine Wohnung fand oder bezahlen konnte, wurde hier zwangseingewiesen. Diese Wohnsituation allein barg schon sozialen Sprengstoff in sich.

Anfang der 70er Jahre gründete sich der "Sozialpädagogische Arbeitskreis e.V." als Verein, um die Lebenssituation der Menschen am Diebach in Zusammenarbeit mit der Stadt Eschwege zu verbessern. So wurden u.a. durch ehrenamtliche Mitglieder des Vereins - seit 7 Jahren auch durch eine hauptamtliche Kraft - sozialpädagogische Hilfen für Kinder und Eltern angeboten. Nach und nach haben sich die Lebensbedingungen im Quartier verbessert und auch die Ursachen von Obdachlosigkeit konnten angegangen werden: Die Zahl der BewohnerInnen hat sich mittlerweile auf 69 Personen verringert, also auf weniger als 30% der ursprünglichen Zahl. Während früher hier alle Kinder und Jugendlichen ausschließlich die Sonderschule besuchten, gibt es jetzt auch schon viele HauptschülerInnen mit zum Teil hoffnungsvollen Schulzeugnissen.

Aber auch äußerlich hat sich viel gewandelt. So wurden die Häuser in den letzten Jahren auf den Standard des sozialen Wohnungsbaus angehoben, mit eigenen abgeschlossenen Wohneinheiten einschließlich moderner Bäder und Küchen. Die Wohnungen wurden durch professionelle Firmen renoviert.



(Fotos: Werkstatt für junge Menschen Eschwege)



(Foto: Werkstatt für junge Menschen Eschwege)

Bei der weitgehenden Umgestaltung des Wohnumfeldes sollten auch BewohnerInnen des Quartiers mit einbezogen werden. Deshalb wurden über den Verein "Werkstatt für junge Menschen Eschwege e.V." Bewohner aus der Siedlung sozialversicherungspflichtig angestellt, die unter fachlicher Anleitung Gärten für die BewohnerInnen, einen neuen Spielplatz sowie neue Wege und Freiflächen angelegt haben. Leider konnten nicht alle bei der Wohnumfeldgestaltung beschäftigten Personen aus dem Diebach gewonnen werden, da nach den Zuweisungskriterien nur Sozialhilfeempfänger an der Maßnahme teilnehmen konnten. So kamen nur drei, zeitweise auch vier von sechs Arbeitern aus dem Diebach. Alle haben sich inzwischen Ansprüche beim Arbeitsamt erworben, nachdem sie ein Jahr in der Maßnahme gearbeitet haben.

Die beabsichtigte Mitarbeit der übrigen BewohnerInnen, die nicht angestellt werden konnten, war leider nur in Ansätzen möglich - dies auch aus versicherungsrechtlichen Gesichtspunkten. Trotzdem: Das Projekt war ein Erfolg! Das äußerliche und auch das stimmungsmäßige soziale Umfeld hat sich seitdem enorm gewandelt. Ohne Förderung durch Landesmittel sowie mit kommunalen Geldern von Kreis und Stadt Eschwege wäre das ebensowenig möglich gewesen wie ohne das Engagement von einsatzfreudigen MitarbeiterInnen des Sozialpädagogischen Arbeitskreises und der Stadt Eschwege.

Für die angestellten Arbeiter haben sich zum Teil ebenfalls hoffnungsvolle Perspektiven im Anschluß an die Beschäftigungsmaßnahme ergeben. "Das war eine tolle Sache", lautet das einhellige Votum. "Und unsere Siedlung sieht jetzt auch ganz toll aus mit vielen gemütlichen Ecken. Nicht mehr alles so runtergekommen, verdreckt und vergammelt."

In der Tat! Der Diebach ist inzwischen ein ansehlicher Stadtteil mit guter Häuserqualität, einem attraktiven Umfeld, schönen Gärten, Balkons, aufgelockerten Häuserfassaden, ruhiger Wohnlage, eigenem Kindergarten, kurz: Ein attraktives Wohnquartier - auch für andere Bürger - mit preiswerten Mieten. Es gibt jetzt hier ein positiveres Wir-Gefühl und deutlich weniger soziale Spannungen.

Peter Leiding

BEWOHNER/-INNEN NEHMEN IHRE INTERESSEN SELBST IN DIE HAND

"Henry-Dunant-Straße? Hier in Egelsbach? Nein, das weiß ich wirklich nicht." Bei meinem ersten Besuch bei Uschi Cevrioglu im Winter letzten Jahres irrte ich ziemlich hilflos hin und her, wurde von einer Seite des Ortes zur anderen geschickt. Niemand schien zu wissen, daß es diese Straße tatsächlich gibt. Zwischenzeitlich ist das anders. Die 16 Familien, die derzeit in der Obdachlosenunterkunft in der Henry-Dunant-Straße 9 - einem typischen Schlichtbau mit Laubengang von Ende der 60er Jahre - wohnen, wurden aktiv, nahmen ihre Interessen an einer Änderung ihrer Wohn- und Lebensbedingungen, die mich an vielen Stellen tatsächlich an die Anfänge der Obdachlosenarbeit in Hessen erinnerten, selbst in die Hand. Mitinitiatorin aller Aktivitäten ist Uschi Cevrioglu, mit der ich nachstehendes Interview führte.

L. Stock: Uschi, kannst Du unseren LeserInnen etwas zur Wohnsituation in der Henry-Dunant-Straße sagen?

U. Cevrioglu: Insgesamt sind wir 52 Personen in dem Haus, davon sind 23 Kinder. Etwa die Hälfte sind ausländische Familien. Ich wohne hier seit mehr als acht Jahren, es gibt aber auch Familien, die bereits 13 oder 14 Jahre hier leben. Die Zimmer sind feucht, haben dünne Wände und sind viel zu klein. Überall ist Schimmel an den Wänden. Heizung?, Bad?, Dusche? - Fehlanzeige! Es sei denn, man hat sich das alles selber eingebaut. Obwohl es um das Haus recht grün ist, sind doch kaum Spielmöglichkeiten für die Kinder vorhanden. Die Gemeinde macht einfach nichts - weder an den Außenflächen noch an den Wohnungen.

L. Stock: Und dann habt Ihr gedacht, so kann das doch nicht weitergehen, oder?

U. Cevrioglu: Durch meine Kontakte zu der Frauengruppe im Leukertsweg in Langen habe ich mitbekommen, daß wenn sich Bewohner zusammenschließen, man auch etwas erreichen kann. Die haben mir dann auch gesagt, daß ich mich einmal in der LAG melden sollte. Kontakt zur Tina hatte ich ja schon durch die Frauentagungen, aber dennoch hat es lange gedauert, bis ich mich überwunden hatte anzurufen. Dann kamst Du und Reinhard hier vorbei und wir überlegten gemeinsam, wie wir es am Besten anfangen könnten.

Jetzt treffen wir uns monatlich - immer so 9 - 10 Leute. Da die Gemeinde es bisher strikt abgelehnt hat, uns die Benutzung eines leerstehenden Kellers zu gestatten, müssen wir uns halt in einer Wohnung treffen. Das kann aber auf die Dauer keine Lösung sein!

L. Stock: Was ist seither geschehen? Habt Ihr etwas erreicht?

U. Cevrioglu: Zunächst haben wir dem Bürgermeister einen Brief geschrieben und ihm unsere Beschwerden hinsichtlich der Mängel am Haus und in unseren Wohnungen mitgeteilt. Dann haben wir den Bürgermeister auch besucht. Er meinte allerdings, "ihm wären die Hände gebunden". Danach haben wir alle Fraktionen der Gemeindeversammlung zur Bewohnerversammlung eingeladen. Da konnten sie sich einmal selbst davon überzeugen, wie es um unsere Wohnungen bestellt ist. Zuletzt war die Wohnsituation in der Henry-Dunant-Straße Thema im Bau- und Sozialausschuß. Wir hoffen immer noch, daß die Gemeinde beim Land einen Antrag stellt, damit unser Haus saniert werden kann, so wie in Gießen oder Wiesbaden. Als Erfolg auf unseren ersten Presseartikel wurde umgehend die von uns lange geforderte Tischtennisplatte endlich auf der Grünfläche neben dem Haus installiert. Das Wichtigste aber bleibt die Sanierung. Hier werden wir Bewohner nicht locker lassen!

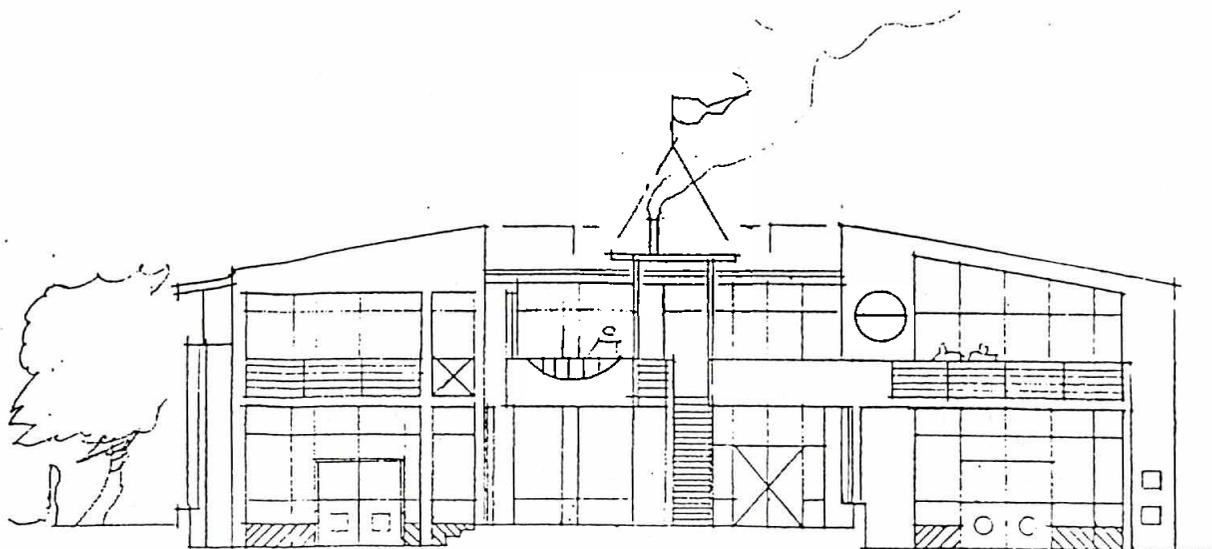
L. Stock: Vielen Dank für das Gespräch und weiterhin viel Erfolg.

**ZUR SANIERUNG GEHÖRT AUCH DER BAU VON
GEMEINSCHAFTSEINRICHTUNGEN: MODELLPROJEKT IDSTEIN**

Die Häuser "Am Weißen Stein" in Idstein waren keine gute Adresse. Sie wurden als Schlichtbauten für Obdachlose 1966 gebaut, abgelegen von weiterer Wohnbebauung zwischen Bahndamm und Autobahn. Eingegrenzt werden die Häuser im Norden und im Süden vom Idsteiner Gewerbe- und Industriegebiet. Inzwischen gab es im Westen einen enormen Bau von Ein- und Mehrfamilienhäusern, wobei die Mehrfamilienhäuser zum großen Teil Eigentumswohnungen sind. Mittlerweile hat sich auch in der Siedlung einiges getan, die Sanierung der Häuser ist in vollem Gange.

Doch immer noch stehen sich die BewohnerInnen "Am Weißen Stein" und die BewohnerInnen in den neuen Häusern im Westen fremd gegenüber. Es fehlt an "Begegnungsflächen" und "Begegnungsanlässen". Der Stadtteil mit zur Zeit ca. 1200 Einwohnern hat kaum eine soziale Infrastruktur. Nur für den "Weißen Stein" gibt es das AWO-Projekt "Die Stube". Die räumliche Begrenztheit der Spiel- und Lernstube läßt keine weiteren Angebote zu. Dem soll nun entgegengewirkt werden. Die "Idsteiner" planen ein Gemeinschaftshaus. Was wir bei der Mai-Tagung der LAG spielerisch durchgeführt haben, hier ist es schon Realität.

Denn Sanierung heißt mehr als nur die Verbesserung der Wohnungen. Zur Sanierung gehört auch die Überwindung von Ausgrenzung. Zur Erlangung der Landesmittel mußte die Stadt Idstein neben dem baulichen auch ein sozialplanerisches Konzept zur Sanierung vorlegen. Darin ist auch die Förderung des Gemeinschaftslebens und die Integration der Siedlung in die benachbarten Wohngebiete mit dem Bau eines Gemeinschaftshauses vorgesehen.



Ansicht Garten

*Geplantes Gemeinschaftszentrum Idstein -
Vorentwurf des Architekten Claus Center*

Grundsätze der Bewohnerbeteiligung bei Sanierungsmaßnahmen

Die Sanierungsplanung bei Obdachlosensiedlungen muß verstanden werden als soziale, bauliche und infrastrukturelle Entwicklungsplanung, die die Überwindung von Obdachlosigkeit zum Ziel hat.

Ohne Beteiligung der Bewohner sind Erneuerungsarbeiten in deren Wohnungen und Wohnumfeld undenkbar. Ohne Akzeptanz durch die Betroffenen sind Sanierungsmaßnahmen erfolglos.

Sanierungsmaßnahmen in Obdachlosenunterkünften sind i.d.R. so umfangreich, daß sie während der Durchführung mit erheblichen Beeinträchtigungen für die Bewohner verbunden sind und große Auswirkungen auf deren zukünftige Lebenssituation haben. Die Notwendigkeit zur Mitgestaltung der Betroffenen stellt sich hier insbesondere. Sie muß von professioneller Gemeinwesenarbeit vorbereitet und begleitet werden.

Die Gemeinwesenarbeit muß im Sanierungsprozeß, neben der Aufgabe der Aktivierung und Organisierung der Bewohnerinteressen, gleichzeitig sozialplanerische Ziele verfolgen, die gleichzeitig die langfristige Sicherung von geeigneten Wohn- und Lebensbedingungen in der Siedlung gewährleisten.

Die Gemeinwesenarbeit organisiert im Wohngebiet den Beratungs-, Willensbildungs- und Mitbestimmungsprozeß im Interesse der Bewohner. Ein zu gründender Mieterrat übernimmt die Sprecherfunktion für die Bewohner.

Es ist ratsam, den Sanierungsprozeß durch ein politisches Beratungsgremium (Sanierungsbeirat/-kommission) begleiten zu lassen, damit in jeder Phase der Abwicklung (politische Beschlußfassung, Planung und Durchführung) für eine breite Transparenz und Akzeptanz unter allen Beteiligten gesorgt ist.

Es ist hilfreich, eine koordinierende Arbeitsgruppe (aus Verwaltung, Planern und Bauträgern) einzurichten, die die Sanierungsmaßnahmen in ein allgemeines Entwicklungskonzept für das Wohngebiet integriert und fortschreibt.

Die Beschäftigung von Bewohnern im Sanierungsgebiet ist eine arbeitsmarktpolitisch sinnvolle und integrative Form der Bewohnerbeteiligung, da sie ihnen gleichzeitig Arbeitsplätze verschafft.



TAGUNGEN



ALLTAG IN EINEM FREMDEN LAND- FAMILIEN- UND FRAUENWOCHELENDE FÜR AUSLÄNDISCHE BEWOHNERINNEN

Eine Premiere fand vom 31.5.-2.6. in der Familienferienstätte Bodenrod bei Butzbach statt: die erste Wochenendtagung für ausländische Bewohner und Bewohnerinnen von Sozialen Brennpunkten. Mit dabei waren zwei Gruppen aus Idstein und dem Schelmengraben in Wiesbaden. Die meisten der TeilnehmerInnen waren MarokkanerInnen, eine Frau Iranerin. Thema des Seminars war das Alltagsleben in den Siedlungen. Daß diese Veranstaltung so stattfinden konnte, ist zum einen dem Büro für Staatsbürgerliche Frauenarbeit in Wiesbaden zu verdanken, das als Kooperationspartner dafür gewonnen werden konnte, und zum anderen dem Engagement der Sozialarbeiterinnen aus Idstein und Wiesbaden, die die BewohnerInnen über dieses Angebot persönlich informierten.

Am Freitagabend ging es vor allem um die Wohnsituation. Die Wohnungsnot war hier ein Thema, aber auch Probleme mit unhygienischen Verhältnissen in Treppenfluren, Aufzügen und Spielplätzen. Samstagmorgen sprachen wir über die Unterschiede zwischen dem Leben in den Herkunftsländern und in Deutschland. Daß alte Menschen hier ins Altersheim abgeschoben werden, konnten die TeilnehmerInnen nicht verstehen. Umstritten war, wieviel Freiheit Kindern zugestanden werden soll. Hier haben die Eltern in Deutschland mehr Sorge um Gefahren. Sehr engagiert diskutierten die TeilnehmerInnen die Stellung der Frau und die Position des Islam dazu. Die unterschiedlichen Auslegungen wurden beim Vergleich zwischen Iran und Marokko augenfällig. Am Samstagnachmittag übten wir Verhaltensweisen bei Gesprächen mit Hausverwaltern und Behörden mit Hilfe von Videoaufnahmen. Bei der Auseinandersetzung mit Zukunftswünschen am Sonntagvormittag äußerten die meisten der TeilnehmerInnen den Wunsch, wieder in ihr Herkunftsland zurückzukehren, sahen aber auch Probleme, dies wirklich durchführen zu können: Gibt es dort dann Arbeit? Reicht der verminderte Rentenanspruch dann zum Leben? Wie werden sich die politischen Verhältnisse entwickeln?

Frauen, Männern und Kindern hat das Wochenende gut gefallen. Das lag nicht zuletzt auch an der schönen Unterkunft und dem entgegenkommenden Heimleiter. Schön war, daß wir dann auch noch den Geburtstag einer Teilnehmerin feiern konnten. Ein paar Tage mehr hätten sich die TeilnehmerInnen am Ende gewünscht.

Christina Hey



(Foto: Hey)

ROLLENDE TAGUNG III:

BESCHÄFTIGUNGSPROJEKTE IM ABFALLBEREICH

"Am 11. Juni rollten sie wieder!" Dieser Ausruf hätte die TeilnehmerInnen begleiten können, die an dieser nun schon zum dritten Male stattfindenden, außergewöhnlichen Tagungsform teilnahmen. Zu Beginn traf man sich in Frankfurt, um anhand von drei Einstiegsreferaten erste Informationen zum Thema "Beschäftigungsprojekte im Abfallbereich" zu erhalten. Der inhaltliche Schwerpunkt dieser Referate umfaßte das Thema Abfall:

- Welcher Abfall fällt an und was machen wir damit?
- Die Abfallwirtschaft - Abfall kostet Geld und Abfall bringt Geld!
- Wer muß sich um den Abfall kümmern, wer darf ihn sammeln, wer muß ihn sammeln?
- Wie wird es in Zukunft mit dem Abfall aussehen und was wird es für Gesetze geben?
- Können wir den Abfall wiederverwerten (Recycling)?
- Wer wird im Abfallbereich arbeiten?

In der an die Referate anschließenden Diskussion stellte sich heraus, daß es wichtig ist, neue Berufsbilder im Bereich der Abfallwirtschaft zu entwickeln, die den steigenden Anforderungen im Umgang mit Abfall gerecht werden. Der Bedarf an Hochschulabsolventen sei in Zukunft zwar gedeckt, es fehlten jedoch die sogenannten "einfachen Arbeiter", die nicht planen, sondern anpacken. Auf sie sei besonderes Augenmerk zu richten, da sie die Spezialkenntnisse zur Unterscheidung des Abfalls erwerben müßten. Weiterhin wurde betont, daß der Begriff "Abfall" - also Müll - sehr negativ bewertet wird und die Gesellschaft sich schwer damit tut, anstatt von Abfall von Wertstoff zu sprechen, der wiederverwertet werden kann.

Ein anderer Umgang mit Abfall könnte die Arbeit mit Abfall wesentlich attraktiver machen und Berührungängste abbauen.

Wie schwer gerade dieser Umdenkungsprozeß ist, konnten die TeilnehmerInnen in eigener Anschauung erleben, als im Anschluß an die Diskussion das erste Beschäftigungsprojekt, die "Werkstatt Frankfurt", besichtigt wurde. Angesichts der Riesenmenge von z.B. Altbatterien - die noch nicht entsorgt, also ungefährlich gelagert wurden - waren einige Gesichter doch von Betroffenheit gekennzeichnet. Nicht allein die Berge von Hausmüll sind das Problem, nein auch der sogenannte Sondermüll, der hier in einer geringen Menge im Verhältnis zum Gesamtaufkommen lag, muß ja auch irgendwo hin!

Nach einer erholsamen und (durch ein Referat von Uli Neemann/GRÜMEL e.V. über Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche in diesem Bereich) informativen, Busfahrt nach Gießen, erreichten wir die ZAUG-GmbH (Zentrum Arbeit und Umwelt Gießen), die als weiteres Beschäftigungsprojekt den TeilnehmerInnen vorgestellt werden sollte.

Nach einem ausgezeichneten Vollwertmittagessen in der Kantine von ZAUG wurde auch hier zunächst durch Referate die Situation Abfall/Beschäftigungsmöglichkeiten erläutert und diskutiert. Daran anschließend konnten wir die Entsorgung von sogenannter "Weißware", also hauptsächlich Kühlschränke, Herde und Waschmaschinen bei ZAUG besichtigen. Im Vordergrund stand dabei die Wiederaufarbeitung und der mögliche Verkauf der gebrauchten Sachen. Es wurde

TAGUNGEN

deutlich, daß die Beschäftigten mit viel Fleiß und Arbeitseifer ihre Arbeit verrichten; sie ist klar strukturiert und jeder weiß genau, was er zu tun hat. Innerhalb des Betriebes wird von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, jeden Beschäftigten die Arbeit machen zu lassen, für die er am besten geeignet erscheint. Sehr erfreulich war die Mitteilung, daß bereits drei Mitarbeiter nach ihrer Beschäftigung bei ZAUG in andere, feste Arbeitsverhältnisse übernommen wurden. Dieser Ausblick gibt die Zuversicht, daß in Zukunft, gerade in dem immer größer werdenden Markt der Abfallwirtschaft, viele Möglichkeiten bestehen werden, eine qualifizierende Beschäftigung zu finden und auf Dauer qualifizierte Arbeit zu leisten.

Auf die abschließende Frage, was zu tun bleibt, kann eigentlich nur

die Antwort gegeben werden: Abfall vermeiden! Wenn das aber nicht geht, dann muß sich um unseren Abfall gekümmert werden; von Menschen, die den Umgang damit und die Möglichkeiten der Wiederverwertung erlernt haben. Diese Menschen haben keine Mißachtung verdient, weil sie mit Müll arbeiten, sondern unsere Wertschätzung und unsere Unterstützung für die schwierige Aufgabe, die sie mitübernommen haben.

Die TeilnehmerInnen der Tagung werden sich ihre Gedanken über den Umgang mit Abfall und den möglichen Beschäftigungsfeldern gemacht haben, die Referate und Besichtigungen werden viele Impulse und neue Ideen gegeben haben und auf jeden Fall war es auch dieses Mal wieder der Mühe wert, den bequemen Tagungsstättenstuhl mit dem engen Bussitz zu tauschen.

Heidemarie Bienentreu

Beim Referat Existenzsicherungsberatung der LAG ist ein ausführlicher, informativer und fachbezogener Tagungsreader zur Rollenden Tagung III erhältlich (30,-- DM zuzüglich Porto). Desweiteren ist neu erschienen ein Tagungsreader zur Fachtagung "Hilfe zur Arbeit in Hessen" am 22. April 1991 in Frankfurt (20,-- DM zuzüglich Porto).

VORANKÜNDIGUNG:

FACHTAGUNG "ARMUT UND UNTERVERSORGUNG IN DEUTSCHLAND" (18. - 20. OKTOBER 1991)

Die Landesarbeitsgemeinschaften aus den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Hessen arbeiten bereits seit Jahren auf Bundesebene kontinuierlich zusammen. Inhaltlicher Schwerpunkt war hierbei in der Vergangenheit vor allem die Frage der unzureichenden Wohnraumversorgung einkommensschwacher Bevölkerungskreise in der Bundesrepublik. Mit der in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Arnoldshain geplanten Fachtagung "Armut und Wohnungsversorgung in der Bundesrepublik" vom 18. - 20. Oktober 1991 in Schmitten/Taunus tritt die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte erstmals in dieser Form in die Öffentlichkeit. Die bundesweite Zusammenarbeit der Landesarbeitsgemeinschaften erhält somit also eine neue Qualität.

Gleichzeitig wird mit dieser Tagung aber auch die bisherige Themenpalette inhaltlich erweitert. So werden im Verlauf der Tagung Arbeitsgruppen aus allen Bereichen der Brennpunktarbeit stattfinden (Kinder, Jugend, Frauen, Existenzsicherung, Wohnen, Sozialhilfe und Gemeinwesenarbeit). Nähere Informationen können in der LAG-Geschäftsstelle abgefragt werden.

ANRECHNUNG DES ERZIEHUNGSGELDS AUF DIE SOZIALHILFE ODER DER FLUCH DER SPÄTEN GEBURT

Im Zuge der Vorbereitung des Landtagsgesprächs, das die LAG-Frauen im Juni mit Abgeordneten des Hessischen Landtags führten (wir berichten darüber in dieser Ausgabe), schilderte Elfriede Silbereisen aus der Presberger Straße in Wiesbaden ihre Rentensituation. Sie ist eine der vielen Frauen, die von der Ungleichbehandlung bei der Anrechnung des Erziehungsgelds auf die Sozialhilfe betroffen sind. Die rechtliche Regelung sieht vor, daß nur bei Frauen, die vor dem 1.1.1920 geboren sind, das Kindererziehungsgeld nicht auf die Sozialhilfe angerechnet wird. Eine krasse Ungerechtigkeit, meinen wir, die die ohnehin finanziell enge Situation von alten Frauen noch weiter verschärft. Elfriede Silbereisens Beispiel zeigt aber auch, daß die Rentenberechnung für Frauen insgesamt fraglich ist, wenn sich die Familien- und Erziehungsarbeit nicht anders auf die Rente auswirkt. Um das derzeitige Mißverhältnis zwischen lebenslanger Arbeit in und außerhalb der Familie und sozialer Absicherung im Alter deutlich zu machen, geben wir den Beitrag von Elfriede hier im Wortlaut wieder:

Mein Name ist Elfriede Silbereisen, ich bin 1925 geboren. Mit 14 Jahren, also 1939, habe ich angefangen zu arbeiten, durchgehend 15 Jahre, bis 1954. Ich hatte wenig Einkommen und dadurch auch geringe Abzüge.

Mit 50 Jahren, nachdem ich geheiratet und 10 Kinder geboren hatte, fing ich nochmals an zu arbeiten und zwar 10 Jahre bei der Stadt Wiesbaden.

Von meinem 60. bis 65. Lebensjahr habe ich Sozialhilfe bezogen, da ich aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten konnte. Insgesamt habe ich 25 Jahre gearbeitet, 10 Kinder geboren und davon 9 Kinder groß gezogen.

Seit 1990 beziehe ich 314 DM Rente und 270 DM Erziehungsgeld, mein monatliches Einkommen beträgt damit 584 DM. Von meiner Rente muß ich noch 32.- DM Miete bezahlen, dazu noch die Stromkosten, was dann noch übrigbleibt, ist für mein Leben.

Ungerecht ist, daß bei mir das Erziehungsgeld auf die Sozialhilfe angerechnet wird, da ich nach 1920 geboren bin. Da ich 5 Jahre So-

zialhilfe bezogen habe, wurden meine Rentennachzahlung und die pauschal ausgezahlte Zusatzversorgung in Höhe von insgesamt 6.200 DM vom Sozialamt eingezogen.

Aufgrund meiner Situation fordere ich eine Grundrente für alle Frauen und die Berücksichtigung der Lebensbiographie von Frauen bei der Rentenberechnung.

Christina Hey



*Elfriede Silbereisen im Landtag
(Foto: Veronika Steiner)*

SPIEL- UND LERNSTUBEN UND KINDERBETREUUNG IM BRENNPUNKT

Die Schaffung neuer Kinderbetreuungsplätze, die Präzisierung der Kinder- und Jugendhilfeangebote im Hessischen Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) und - als ein Bestandteil davon - die Weiterführung des Hessischen Kindergartengesetzes zu einem Kinderbetreuungs- oder Kindertagesstättengesetz sind Vorhaben der neuen Landesregierung. Dies wird sicherlich Auswirkungen auf die zukünftige Arbeit in den Spiel- und Lernstuben haben und darüber hinaus neue Anforderungen an die konzeptionelle Weiterentwicklung der gesamten Arbeit in Sozialen Brennpunkten stellen. Auch Stichworte wie "Betreuungsschule" oder "Stadtteilschule" aus dem Programm der rot-grünen Koalition machen einen Diskussions- und Klärungsbedarf hinsichtlich einer Positionsbildung innerhalb der LAG deutlich.

Die LAG ist gefordert, insbesondere im Rahmen der Arbeit in der AG Spiel- und Lernstuben, aktiv in den landes- und kommunalpolitischen Diskussionsprozeß einzugreifen. Die LAG muß eindeutig Position beziehen zu der Frage, wie sich die Spiel- und Lernstubenarbeit zukünftig in Kinderbetreuungs- bzw. Kinder-/Jugendhilfekonzeptionen eingliedert.

Reinhard Thies

JUGEND**Landespolitik**

Die neue Landesregierung will in den kommenden Jahren neue Akzente in der Jugendarbeit setzen: Zur Debatte stehen das Hessische Ausführungsgesetz zum neuen Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), verstärkte Förderung von Mädchen und Mädchenarbeit, insbesondere was die berufliche Förderung anbelangt sowie die Unterstützung neuer Ansätze in der Jugendarbeit.

Seitens der Jugendarbeit in Sozialen Brennpunkten wird durch die AG Jugend seit vielen Jahren der Ausbau der örtlichen Mädchenarbeit und eine darauf bezogene Koordinationsstelle im Rahmen der LAG ("Jugendbildungsreferentin mit Schwerpunkt Mädchenarbeit") gefordert, darüber hinaus die Weiterführung der durch die Modellprojekte, BSJ e.V./Marburg (Sport), ZELA e.V./Gießen (Berufsorientierung für Mädchen) und LAG-Rockmobil (Kulturarbeit/Rollende Musikschule in Kassel, Gießen und Frankfurt) aufgezeigten Wege in Richtung entsprechender landesweiter Angebote. Nicht zuletzt geht es schließlich um den Ausbau der örtlichen Jugendarbeit insgesamt. Hier ließ sich in den vergangenen Jahren eher ein Stillstand hinsichtlich der zur Verfügung gestellten Fördermittel feststellen, was die "klassische", offene Jugend- und Beratungsarbeit in den Jugendclubs anbelangt.

Seitens der AG Jugend wird der Umsetzungsprozeß der Koalitionsvereinbarungen genau zu beobachten sein, um die noch "offenen" Forderungen in den kommenden Jahren endlich einlösen zu können!

Jugendbildungswerk

Die Veranstaltungssaison des Jugendbildungswerkes ist eröffnet: Kajakfahren, Musikwochenenden, Mädchenseminare usw. werden angeboten und durchgeführt. Näheres regelt die AG Jugend.

Als "größere Ereignisse" sind für 1991 geplant und vorbereitet: Der Gegenbesuch einer sowjetischen Band bei unserem Gießener Rockmobil (es freuen sich: Die KIDS aus Limburg!) und der Auftakt für einen künftigen Musikaustausch mit dem französischen GWA-Träger 'Culture et liberté Marseille'. Beide Besuche sollen sich im Herbst ereignen und mit einem deutschen Gegenbesuch im Frühjahr 1992 - im Falle Marseille - fortgeführt werden. Mal sehen, wo die Musike spielt!!!

Günter Pleiner

SOZIALHILFE

Themenschwerpunkt der AG SOZIALHILFE im 1. Halbjahr 1991 bildete die Diskussion über mögliche Konsequenzen einer veränderten Arbeits- und Sozialpolitik der neuen rot-grünen Landesregierung für die Arbeit der Sozialhilfeinitiativen. Dies vor allem auch im Hinblick auf die in der Koalitionsvereinbarung enthaltene Aussage der Unterstützung dieser Arbeit von Landesseite aus. Daneben nahm - wie immer - der Erfahrungsaustausch zur örtlichen Gewährungspraxis der Sozialhilfe sowie zur Arbeit der Initiativen vor Ort einen breiten Raum auf den monatlichen Treffen ein. Leider ist mit der Auflösung des Sozialhilfevereins Raunheim einer der aktivsten Mitstreiter der letzten Jahren nun zukünftig nicht mehr existent.

Erneut Streit um Sozialhilfeerhöhung

Obwohl die Ausgangslage für die Sozialhilfeerhöhung zum 1. Juli 1991 eigentlich relativ klar war und im Landesbeirat für Sozialhilfe (übrigens immer noch ohne Beteiligung eines/einer Vertreters/in der Sozialhilfeinitiativen!) bereits Anfang Mai der angestrebte Eckregelsatz von Vertretern des Hessischen Ministeriums für Frauen, Arbeit und Sozialordnung mit 475,-- DM beziffert wurde, zog sich das Abstimmungsverfahren innerhalb der Landesregierung - wobei es auch dieses Jahr wiederum vehemente Widerstände seitens des Finanzministeriums sowie des Innenministeriums zu überwinden galt - so lange hin, daß mit einer fristgerechten Auszahlung der neuen Regelsätze zum 1. Juli 1991 wohl kaum zu rechnen ist.

Die neuen Regelsätze erreichten uns erst kurz vor Redaktionsschluß. Die Erhöhung setzt sich zusammen aus dem 2.Drittel des "Strukturvolumens" des Statistikmodells (das heißt, das 3.Drittel wird den Sozialhilfeberechtigten mindestens ein weiteres Jahr vorenthalten) und aus der von Wirtschaftsexperten vorausgesagten 3,5%igen Preissteigerungsrate für das kommende Jahr.

Lothar Stock

Ab 1. Juli 1991 gelten in Hessen folgende Regelsätze

Haushaltsvorstand und <u>alle</u> Alleinstehende	475,-- DM
Haushaltsangehörige bis zur Vollendung des 7. Lebensjahres (bis 6 Jahre)	238,-- DM
- bei Alleinerziehenden -	261,-- DM
Haushaltsangehörige vom Beginn des 8. bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres (7 - 13 Jahre)	309,-- DM
Haushaltsangehörige vom Beginn des 15. bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres (14 - 17 Jahre)	428,-- DM
Haushaltsangehörige vom Beginn des 19. Lebensjahres an (ab 18) Jahre	380,-- DM

Die **Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V.** sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine **Verwaltungskraft (19 Std.)**

Die Stelle ist befristet bis zum 30.9.1991. Eine Honorartätigkeit im gleichen Umfang ist ebenfalls möglich. Die Vergütung erfolgt in Anlehnung an BAT VI.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte umgehend an den Vorstand der LAG. Weitere Auskunft erteilt Herr Stock (069/250038).

NOT GRÖSCHEN



Die Abschiedsausgabe des Notgroschens zeichnet noch einmal die wesentlichen Stationen der Vereinsgeschichte des Sozialhilfevereins Raunheim nach.

Bezug: Bernhard Horch, Umlandstr. 39,
6096 Raunheim
(1,- DM Rückporto beilegen!)

**9. DEUTSCHER
JUGENDHILFETAG
VOM 27. - 29.4.1992
IN HAMBURG**

Die LAG ist dabei:

9. Deutscher Jugendhilfetag
vom 27.-29.4.1992 in Hamburg

Anmeldungen (bis 30.9.91!) und
weitere Informationen bei:
Arbeitsgemeinschaft für
Jugendhilfe, Am Neutor 2,
5300 Bonn 1

**Bildungsurlaub für Sozialarbeiterinnen
in Berlin**

"Frauen und Frauenarbeit
in den alten und neuen Bundesländern:
Im Brennpunkt: Berlin"

11. - 18. August 1991

Anmeldung bei der LAG !

Liebe Anne,

an allen Ecken und Enden ist Abschiednehmen angesagt.
Nicht nur die BSF trauert Dir nach. Auch wir wünschen
Dir alles Liebe und Gute für die Zukunft!

Die Frauen von der LAG

+ die  natürlich auch!

Liebe Gisela,

Schön, daß Du dich so persönlich um den Nachwuchs
der Frauen kümmerst. Herzlichen Glückwunsch zu Dei-
ner Tochter Judith.

Die "LAG'ler"

TERMINE

Juli 1991

25.07.-28.07. Bundestreffen der Sozialhilfeinitiativen, Borken/NRW

August 1991

11.08.-18.08. Bildungsurlaub für Sozialarbeiterinnen, Berlin
 12.08.-16.08. "Kommunale Obdachlosenkongrepe - Hilfen in Wohnungsnotfällen", Kooperationstagung Burckhardthaus/LAG Bayern/LAG Baden-Württemberg/LAG Hessen, Gelnhausen
 17.08./18.08. Felsklettern für Einsteiger (Jungens), BSJ Marburg
 20.08. Spiel- und Lernstuben, Regionaltreffen Süd/Süd-West, Im Finken/Limburg, 9.30 Uhr
 22.08. AG Jugend, 10.00 Uhr
 22.08. Arbeitskreis Frauen und Arbeit, Frankfurt, 10.00 Uhr
 31.08. AG Sozialhilfe, Dietzenbach, 14.00 Uhr
 31.08.-02.09. Felsklettern für Einsteigerinnen (Mädchen), BSJ Marburg

September 1991

05.09. Arbeitskreis Frauen, 10.00 Uhr
 10.09. AG Spiel- und Lernstuben, Kinderhaus Goldstein/Frankfurt
 27.09.-29.09. Wochenendtagung der hess. Sozialhilfeinitiativen, Bodenrod
 30.09. Regionaltreffen Süd-West, 19.30 Uhr

Oktober 1991

01.10. Regionaltreffen Mitte, 19.30 Uhr
 02.10. Regionaltreffen Süd, 19.30 Uhr
 10.10. AG Jugend, 10.00 Uhr
 11.10.-13.10. Akrobatik-Seminar, Limburg
 18.10.-20.10. Fachtagung "Armut und Unterversorgung in Deutschland", BAG Soziale Brennpunkte / Evang. Akademie Arnoldshain
 21.10.-27.10. Besuch der Culture et liberté-Bands in Frankfurt
 24.10. Arbeitskreis Frauen, 10.00 Uhr
 25.10.-27.10. Rockmobil Süd/Frankfurt: Treff '91, Dörnberg
 26.10. AG Sozialhilfe, 14.00 Uhr
 28.10.-03.11. Besuch der UDSSR-Band in Gießen/Limburg

